

LANDTAG IN KÜRZE

Die Entgleisung des Abgeordneten Peter Sprenger

VADUZ – Bei der Behandlung der Volksrechte-Initiative verstieg sich der VU-Abgeordnete Peter Sprenger zur Behauptung, der Landesangestellte N.N. sei vom Staat nur angestellt worden, weil er in der Verfassungsabstimmung eine der Regierung genehme Position vertreten habe.

Regierungschef Otmar Hasler verwahrte sich gegen diese «Entgleisung» und stellte sich demonstrativ vor alle Landesangestellten. Hasler sagte, er verstehe nicht, wie man den Ruf einzelner Personen, die sich überdies nicht verteidigen können, derart beschädige. Ähnlich äusserte sich auch der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert: «Dass Sie mit unbescholtenen Mitbewohnern und Landesangestellten so umgehen, ist unverantwortlich und verwerflich.» Marco Ospelt (FBP) sprach von einer «Stillosigkeit» und sagte: «Hätte er gute Argumente gehabt, dann hätte er diese Stillosigkeit nicht begehen müssen.» (MF)

KLEINE ANFRAGEN



Alois Beck (FBP) stellte zwei Fragen betreffend Landwirtschaft an die Regierung.

16 kleine Anfragen

VADUZ – An der gestrigen Landtagssitzung wurden von den aufgeführten Abgeordneten folgende kleine Anfragen an die Regierung gerichtet:

Alois Beck (FBP):

- Landwirtschaftliches Leitbild
- Berglandwirtschaft

Peter Lampert (FBP):

- Radio Liechtenstein bezüglich Landeshymne

Peter Sprenger (VU):

- Problematik Gasschussanlagen

Hugo Quaderer (VU):

- Stiftung «Forschung Liechtenstein»

Alexander Marxer (VU):

- Kyoto-Protokoll

Ivo Klein (VU):

- Landesbeiträge an die Familienhilfe
- Bericht der Steuerrecht-Arbeitsgruppe
- Strassenverunreinigungen durch Bauarbeiten
- Schlägereien an öffentlichen Veranstaltungen
- Fahrausweiskontrollen bei der LBA

Peter Kranz (VU):

- Freiwillige Krankenkassen-Zusatzversicherung für Auslandsaufenthalter
- Prämienhöhe für Zusatzversicherung bei Krankenkassen

Paul Vogt (FL):

- Akzeptanz von elektronischer Post bei der LLV
- Einflussnahme des Fürstl. Kabinettsdirektors
- Zugänglichkeit betreffend Verkehrsgutachten

«Volksrechte sind nicht mit Geld zu erzwingen»

Landtag lehnt Eintreten auf Volksrechte-Initiative der VU mit 13:12 Stimmen ab

VADUZ – Als «Initiative für die Fasnachtszeitung» hatte der frühere VU-Abgeordnete Günther Wohlwend die Volksrechte-Initiative der VU-Fraktion bezeichnet. Auch der Landtag war gestern der Ansicht, dass diese Initiative nichts mit einer Stärkung der in Liechtenstein ohnehin sehr starken Volksrechte zu tun hat und sprach sich mit 13 Stimmen gegen Eintreten aus.

• Martin Frommelt

Seitens der Initianten vertrat Peter Sprenger (VU) die Initiative. Die Ausübung der Volksrechte solle durch diesen Vorstoss «finanziell erleichtert werden», sagte Sprenger: «Die direkte Demokratie darf nicht zum grossen Teil von den finanziellen Verhältnissen der Initianten abhängen.» Dass dies eine rein populistische Wahlkampfaktion sei, wie dies Markus Büchel (FBP) in einem Interview ausführte, weise er mit aller Nachdrücklichkeit zurück. Peter Sprenger: «Für einmal war es dies mit Sicherheit nicht.» Die Idee sei schon vor zwei Jahren geboren worden, man habe sie dann aber aus Rücksicht auf diverse Initiativen zurückgestellt, so Sprenger.

Initiative verfehlt Ziel

FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel sagte, diese Initiative habe nichts mit einer Stärkung der Volksrechte zu tun. Unsere Volksrechte seien im Vergleich zum Ausland ohnehin sehr stark ausstaffiert, die Hürde der nötigen Unterschriften sei angesichts des Bevölkerungswachstums heute sogar vergleichsweise viel leichter zu realisieren wie noch vor 15 Jahren. Büchel wies weiters darauf hin, dass in Liechtenstein der Staat einen Grossteil der Kosten von Initianten übernimmt, indem sie in Abstimmungsbroschüren und Diskussionsendungen eine Plattform erhalten, die vollumfänglich vom Staat finanziert wird. «Wir laufen Gefahr, dass plötzlich nicht mehr die sachlichen Anliegen im Mittel-



Sieht in der Initiative «absolut keine Stärkung der Volksrechte»: Johannes Kaiser (FBP).

punkt stehen, sondern die finanziellen Anreize», so Markus Büchel.

Keine Unterstützung in der Schweiz

Büchel wies darauf hin, dass es in der Schweiz, dem einzigen Land mit so stark ausgebauten direktdemokratischen Volksrechten wie in Liechtenstein, keinerlei Unterstützung gebe. Und dies, obwohl es in der Schweiz weit schwieriger und kostenintensiver ist, eine Initiative zu starten und zu bewerben. Einzig Österreich kenne eine Unterstützung in Form von 8700 Euro. Dies sei gemessen an der Grösse des Landes eine sehr bescheidene Unterstützung. Im Vergleich «zur sehr üppigen Unterstützung», welche die VU in Liechtenstein einführen wolle, sei dies 300 Mal weniger, und dies in einem weitaus grösseren Land!

Durch die Einführung einer im Endeffekt «luxuriösen staatlichen Unterstützung» würden letztlich falsche Anreize geschaffen, hielt Markus Büchel fest. In der heuti-

gen Zeit sei es der falsche Weg, so dem Staat laufend erhebliche finanzielle Belastungen aufzuerlegen. Die Risiken für einen Missbrauch seien zu hoch, sagte Markus Büchel, der vor einer Verkommerzialisierung der Volksrechte warnte.

Geist statt Geld

Johannes Kaiser sagte, der frühere VU-Abgeordnete Günther Wohlwend habe es kürzlich prägnant auf den Punkt gebracht: «Die Initiative (...) wäre eine klare Schwächung des vom Volk gewählten Landtages. Sie ist absolut keine Stärkung der Volksrechte. Volksrechte sind nicht mit Geld zu erzwingen beziehungsweise zu stärken, sondern mit Geist, Initiative, Visionen und Verantwortung.»

Vorbehalte auch bei Opposition

Auch seitens der Opposition wurde auf verschiedene kritische Punkte der Initiative hingewiesen. Paul Vogt (FL) unterstützte die Initiative grundsätzlich. Er sei jedoch nicht damit einverstanden, dass zwischen angenommenen und abgelehnten Initiativen unterschieden werde, ausserdem wehre er sich gegen eine Ungleichbehandlung der Parteien, so Vogt. VU-Fraktionssprecher Hugo Quaderer bemerkte, ihn störe die Höhe der Beiträge. «50 000 Franken ist ein viel zu hoher Beitrag, der korrigiert werden muss», so Quaderer.

Regierungsrat Alois Ospelt wies schliesslich darauf hin, dass die Volksrechte auf Landesebene sehr gut ausgestaltet sind und auch entsprechend in Anspruch genommen werden. Wenn man die Volksrechte stärken wolle, dann müsse man dies vor allem auf Gemeindeebene machen, so Ospelt.



«Für einmal war es dies mit Sicherheit nicht», stellte Peter Sprenger (VU) in Abrede, dass es sich bei der VU-Initiative nur um eine rein populistische Wahlkampfaktion handelt.

ANZEIGE

Mediapartner fordern und inserieren!

Für Sie inserieren wir in den werbewirksamsten Medien. Als Mediapartner orientieren wir uns an Ihren Marketingzielen und planen den direkten Weg zu Ihrer Zielgruppe – über die richtigen Medien. Fordern Sie uns heraus. Als offizielle Publicitas-Vertretung im Fürstentum Liechtenstein erstellen wir zielgerichtete Mediapläne für das In- und Ausland. Sie profitieren dabei von unserer 17-jährigen Mediaerfahrung und unserer Spezialkondition: die Schaltungen erhalten Sie zu Original-Verlagspreisen! Rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!

INSERTATE AGENTUR

Inserate-Agentur AG, Zollstr. 16, 9494 Schaan, Tel. +423 239 80 00, Fax +423 239 80 01
E-Mail: liechtenstein@inserate-agentur.li, www.inserate-agentur.li